

Geschäftsverteilungsplan ab 01.07.2016

Wegen der Abordnungen von Herrn RiAG Dänekas und Herrn DirAG Wawrzinek wird der Geschäftsverteilungsplan vom 21.04.2016 nach Anhörung aller Beteiligten wie folgt geändert (Änderungen sind fett markiert):

)

I. Allgemeines:

1. Bei Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Anwendung der Geschäftsverteilung entscheidet das Präsidium nach pflichtgemäßem Ermessen.
2. Wird ein Richter abgelehnt, so entscheidet als anderer Richter des Amtsgerichts i. S. v. § 45 Abs. 2 ZPO, § 6 FamFG und § 27 Abs. 3 StPO dessen jeweiliger Vertreter gemäß Anlage 1.
3. Der am Jahresende oder bei einer Änderung des Verteilerschlüssels im lfd. Geschäftsjahr noch offene Durchgang wird turnusmäßig nicht zu Ende geführt.
4. Ist eine Sache irrtümlich falsch eingetragen, wird die Sache anstelle der nächsten turnusmäßigen Sache in der zuständigen Abteilung neu eingetragen; die abgebende Abteilung erhält keine Ersatzzuweisung.

II. Zivilsachen

1.
Die Frage, aus welchen Gemeinden die erstinstanzlichen Zivilsachen stammen, beantwortet sich nach dem Gerichtsstand der Beklagten (§ 13 ff ZPO), und zwar in erster Linie nach dem Wohnsitz (§ 16 ZPO) und zutreffendenfalls nach dem Sitz der Verwaltung (§ 17, 19 ZPO). Die ausschließlichen Gerichtsstände der ZPO bleiben unberührt, ebenso die nachstehenden Regelungen. Bei mehreren Beklagten ist der Name des zuerst Aufgeführten maßgebend. Hat der in der Klage zuerst aufgeführte Beklagte keinen Wohnsitz, Aufenthaltsort, letzten Wohnsitz oder Sitz der Verwaltung im Amtsgerichtsbezirk, so richtet sich die Zuständigkeit nach demjenigen der mehreren Beklagten, die ihn im Amtsgerichtsbezirk haben, und zwar von diesen nach dem in der Reihenfolge zuerst aufgeführten Beklagten.

Als Name ist bei natürlichen Personen der Familienname, bei zusammengesetzten Familiennamen der erste Name, bei Firmen, in denen ein oder mehrere Familiennamen vorkommen, der erste Familienname, bei anderen Bezeichnungen, in denen kein Familienname vorkommt, insbesondere bei zusammengesetzten Firmen oder Namen von Körperschaften, der Anfangsbuchstabe der gesamten Bezeichnung maßgebend.

2.
In Straßenverkehrsunfallsachen gilt die Sache als aus der Gemeinde stammend, in der sich der Unfallort befindet. Straßenverkehrsunfallsachen sind auch die sogenannten Deckungsklagen, die aus Anlaß von Verkehrsunfällen gegen die Versicherung anhängig werden.

3.
Werden aus demselben Rechtsverhältnis mehrere Sachen anhängig, so ist für alle Sachen der Dezernent zuständig, dessen Zuständigkeit für das erste anhängig gewordene und zum Zeitpunkt des Eingangs der neuen Sachen noch nicht abschließend verhandelte Hauptsacheverfahren begründet ist.

Anhängige Sachen sind im vorgenannten Sinn „abschließend verhandelt“:

- a) nach Schluß der mündlichen Verhandlung, auf die eine die Hauptsache vollständig verfahrensabschließende Entscheidung (z. B. Schlußurteil) ergeht;
- b) nach Ablauf des gem. § 128 Abs. S. 2 ZPO bestimmten Zeitpunkts im Fall der Anordnung eines schriftlichen Verfahrens nach § 128 ZPO;
- c) nach Ablauf der Einspruchsfrist gegen ein Versäumnisurteil.

Für eine anhängige Sache ist der zuerst damit befaßte Dezernent solange zuständig, bis sie endgültig von einem anderen Gericht übernommen worden ist.

4.

Bei einer Restitutions- oder Nichtigkeitsklage, bei einer Vollstreckungsgegenklage und Klage wegen Unzulässigkeit der Vollstreckungsklausel ist derjenige Dezernent zuständig, der in der früheren Sache zuletzt entschieden oder sie sonst erledigt hat.

5. Ist eine Sache einem nicht zuständigen Dezernenten vorgelegt worden, so ist sie abzugeben. Stellt sich die unrichtige Vorlage erst nach Stellung der Anträge in der ersten mündlichen Verhandlung zur Hauptsache heraus, so ist die Abgabe nicht mehr zulässig. Die Abgabe ist auch dann nicht mehr zulässig, wenn ohne mündliche Verhandlung ein Vorbehaltsurteil, ein Versäumnisurteil, eine Arrestanordnung, eine einstweilige Verfügung, eine Entscheidung im Verfahren der Prozesskostenhilfe oder ein Beweisbeschluss, eine Terminanberaumung oder eine prozessleitende Verfügung nach § 273 ZPO ergangen ist.
- 6.a. Wird gemäß § 147 ZPO die Verbindung mehrerer in verschiedenen Abteilungen anhängiger Prozesse angeordnet, so geht die weitere Bearbeitung der zu verbindenden Sachen auf die Abteilung über, welche die Verbindung angeordnet hat. Es findet kein Ausgleich statt.
- b. Prozesse, bei denen eine Verbindung gemäß § 147 ZPO zulässig wäre, können von einer Abteilung zur Entscheidung übernommen werden, ohne dass eine Verbindung angeordnet wird. Es findet eine Neueintragung in der übernehmenden Abteilung ohne Ausgleich der abgebenden Abteilung statt.
7. Mit Ausnahme von Ziffer 6 werden Verfahren, die nach der Aktenordnung weggelegt worden waren, bei Wiederanruf von der früher zuständigen Abteilung weiter bearbeitet und nicht auf den Durchgang angerechnet.
8. Wird eine Zivilsache einer Abteilung zugeteilt, deren Richterin oder Richter kraft Gesetzes von der Ausübung des Richteramtes ausgeschlossen ist oder in dieser Angelegenheit als Schiedsrichterin oder Schiedsrichter tätig war oder wird, so ist die Zivilsache an die Abteilung abzugeben, dessen Richterin oder Richter zur Vertretung berufen ist. Dasselbe gilt, wenn die Richterin oder der Richter für befangen erklärt worden ist.
9. Verfahren, die nach der Aktenordnung weggelegt worden waren, werden bei Wiederanruf von der früher zuständigen Abteilung weiter bearbeitet und nicht auf den Durchgang angerechnet.
10. Die Eingangs- und Verteilungsstelle nimmt die Zuteilung der Zivilsachen einschließlich der Anträge auf Erlass einer Einstweiligen Verfügung und eines Arrestes und der H-Sachen mit Ausnahme der jetzt in Abt. 10 C laufenden WEG-Sachen an die Abteilungen vor. Sie ordnet an jedem Arbeitstag neu die bis zum Arbeitsbeginn eingegangenen Sachen alphabetisch, die später eingegangenen Sachen chronologisch und teilt sie nach dem Turnus zu. Dabei erfolgt eine Anrechnung der WEG-Sachen auf die Abteilung 9. Das Nähere regelt die dem Geschäftsverteilungsplan beigefügte Verwaltungsanordnung.
11. Es werden folgende Turnuskreise gebildet:

Turnuskreise		Zuständigkeit	
Turnuskreis 1	C-Sachen, H-Sachen	Richter	Klagen und Beweissicherungssachen, Anträge auf Erlass e. Einstw. Verfügung, Arreste etc.
Turnuskreis 2	WEG-Sachen	Richter	Verfahren nach dem Wohnungseigentumsgesetz
Turnuskreis 3	AR-Sachen	Richter	Rechtshilfesachen mit Richterzuständigkeit

12. Die Zuteilung erfolgt ab 1.1.2015 nach folgendem Turnus, aus dem sich ein Verhältnis der allgemeinen Zivilsachen einschließlich der WEG-Sachen von 10:5:5:4 auf die Abteilungen 24,25,26 und 9 ergibt, wobei die WEG-Sachen auf Abteilung 9 angerechnet werden.

Dezernat	Durchgänge									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
24	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
25	0	0	0	0	0	X	X	X	X	X
26	0	0	0	0	0	X	X	X	X	X
9	0	0	0	0	X	X	X	X	X	X
0=Teilnahme										
X=Nichtteilnahme										

Abteilungen	Dezernat	RGA	Besetzung
24	24	60700	RiAG Rotermund
25	25	60750	Riin AG Schmidt
26	26	60720	Riin AG Altnickel
9	9	60780	Dir'inAG Kruthaup
7	7	60770	RiAG Rotermund
10	10	60790	Dir'inAG Kruthaup
40	40	40	Dir'inAG Kruthaup Ri'inAG Kutz Ri'inAG Kahl

III. Strafsachen

1.a.

Werden in Strafsachen mehrere Verfahren gegen einen Angeschuldigten anhängig, so ist für alle Sachen der Dezernent zuständig, dessen Zuständigkeit für die erste anhängig gewordene und zum Zeitpunkt des Eingangs der neuen Sachen noch nicht abschließend verhandelte Sache begründet ist.

Anhängige Sachen sind im vorgenannten Sinn „abschließend verhandelt“:

aa) mit Eröffnung des Hauptverfahrens;

bb) nach Ablauf der Einspruchsfrist gegen einen Strafbefehl.

b.

Wird eine Anklage oder ein Strafbefehlsantrag zurückgenommen und geht in derselben Sache danach erneut eine Anklage oder ein Strafbefehlsantrag ein, so bleibt der Richter zuständig, der zuerst mit der Sache befasst war.

c.

In allen anderen (geeigneten) Fällen kann eine Verfahrensabgabe nur einverständlich erfolgen. Die erforderliche Zustimmung eines Dezenten kann nicht durch Präsidiumsbeschluß ersetzt werden.

2d

Mehrere Bewährungssachen, die denselben Verurteilten betreffen, sollen bei einem Richter konzentriert werden. Zuständig ist immer der letzte Richter dieses Gerichts, der eine Freiheits- oder Jugendstrafe zur Bewährung ausgesetzt hat. Die bereits anhängigen Bewahrungen und von diesem Gericht übernommenen Bewahrungssachen werden an ihn abgegeben. Das gilt auch für Schöffensachen. maßgeblicher Zeitpunkt ist die letzte Hauptverhandlung bzw. bei Strafbefehlen, gegen die kein Einspruch eingelegt wurde, der Zeitpunkt des Erlasses, nicht der Zeitpunkt der Rechtskraft. Von der Berufungskammer erstmalig gewährte Strafaussetzungen zur Bewahrung werden bei dem Richter konzentriert, der bereits ein zeitlich zuvor liegendes Bewahrungsverfahren gegen diesen Verurteilten führt. Sofern eine anhängige Bewahrung eine Jugendstrafe betrifft, bleibt der jeweilige Jugendrichter bzw. vorsitzende des Jugendschöffengerichts zuständig. Die zeitlich danach liegende Strafaussetzung zur Bewahrung wird von ihm übernommen.

Verwarnungen mit Strafvorbehalt sind von der Konzentrationsregelung ausdrücklich nicht erfasst. Die von der Staatsanwaltschaft mit der täglichen Morgenpost paketweise übersandten Amtsrichter-Strafsachen und Strafbefehlssachen werden getrennt alphabetisch – wie folgt – geordnet und dann eingetragen:

- a) bei Anklagen nach dem Nachnamen des zuerst aufgeführten Beschuldigten
- b) bei Strafbefehlsanträgen nach dem Nachnamen des Beschuldigten, bei mehreren Strafbefehlsanträgen in einem Aktenvorgang nach dem Nachnamen des Beschuldigten im ersten Antrag

Später eingegangene Sachen werden chronologisch geordnet und eingetragen.

IV. Familiensachen

Die nach den Bestimmungen der Aktenordnung als neue Verfahren einzutragenden Familiensachen werden zunächst der Eingangsgeschäftsstelle vorgelegt. Diese überprüft die Eingänge darauf, ob aus demselben Personenkreis bereits Familiensachen einer Abteilung anhängig sind oder seit dem 1.1.2009

anhängig waren (§ 23b Abs. 2 Satz 1 GVG). Derselbe Personenkreis liegt vor, wenn das neue Verfahren bereits an einem früheren Verfahren beteiligte Ehegatten oder deren (auch inzwischen volljährig gewordene) Kinder betrifft, auch wenn beteiligte Personen ihren Namen geändert haben. Derselbe Personenkreis liegt dagegen nicht vor, wenn das neue Verfahren aus einer Ehe oder einer Beziehung hervorgeht, die einer der früher beteiligten Personen (Mann oder Frau) mit einem Dritten eingegangen ist.

Für die hiernach gemäß § 23b Abs. 2 Satz 1 GVG zuzuteilenden Neueingänge ("Neueingänge in Altfamilien") ist die F-Abteilung zuständig, bei der die Ehesache, hilfsweise die letzte Familiensache, anhängig geworden ist.

Die übrigen Neueingänge ("Neueingänge in Neufamilien") werden nach folgenden Turnuskreisen verteilt:

- a) Turnuskreis 1: Ehesachen,
- b) Turnuskreis 2: F - Sachen nach § 111 Nr. 2 - 11FamFG, die gemäß § 14 Abs.1, 2 RpflG dem Richter vorbehalten sind,
- c) Turnuskreis 3: AR - Sachen,
- d) Turnuskreis 4: FH-Sachen,
- e) Turnuskreis 5: F-Sachen, die nach § 111 FamFG Nr. 2 - 11 GVG, die gemäß § 3 Nr. 2a RpflG vom Rechtspfleger zu bearbeiten sind.

Die Eingangsgeschäftsstelle ordnet an jedem Arbeitstag die bis zum Arbeitsbeginn eingegangenen Sachen in alphabetischer Reihenfolge und die später eingehenden Sachen in chronologischer Reihenfolge und teilt sie den Familienrichterinnen und Familienrichtern nach Maßgabe der nachfolgenden Geschäftsverteilung zu.

Die Abteilung 28 F läuft aus.

Die "Neueingänge in Neufamilien" werden nach der Reihenfolge des Eingangs nach folgendem Schlüssel verteilt:

RiAG Pfeiffer Abt. 22	Riin AG Kahl Abt 21	RiinAG Merkel Abt. 23
1	2	3
4	5	6
7	8	9
0		
1	2	3

so dass sich ein Verhältnis von

4

3

3

ergibt.

Sollte ein Verfahren der auslaufenden Abteilung 28F bereits erledigt sein und ein neuer Antrag geht ein, zählt das jüngste Verfahren entsprechend den Endziffern 1-5, 6-0

VI. Geschäftsverteilung im Einzelnen

1. Direktorin des Amtsgerichts Kruthaup

- a) Zivilsachen gemäß Verteilerschlüssel
- b) Nachlasssachen
- c) Hinterlegungs- u. Verwahrungssachen
- d) WEG-Sachen
- e)) Unterbringungssachen mit Ausnahme der Unterbringungssachen , in denen bezüglich des Betroffenen bereits beim Amtsgericht Syke ein Betreuungsverfahren anhängig ist

2. Direktor des Amtsgerichts Wawrzinek

- a) Schöffensachen
- b) Amtsrichter-Strafsachen (einschl. Strafbefehlssachen) mit den Endnummern 0,1,2,3 sowie mit der Endnummer 4 , die am 31.12.2015 bereits terminiert waren
- c) Bewährungssachen, soweit das Ursprungsverfahren eine Strafrichtersache mit den Endziffern .0,1,2, 3 oder eine Schöffensache ist
- d) Fortführung der nach § 354 Abs. 2 StPO zurückverwiesenen Sachen des Jugendrichters, Jugendschöffengerichters, und Strafrichters, soweit diese aus dem Dezernat Kellermann oder Kutz (einschl. Strafbefehlssachen) kommen sowie der Strafsachen, in denen Herr Kellermann oder Frau Kutz gemäß den §§ 22 ff Strafprozessordnung ausgeschlossen ist
- e) Vorsitzender im Ausschuss zur Wahl der Schöffen
- f) Vorsitzender im Auffangjugendschöffengericht
- g) Zwangsversteigerungssachen
- h) Abschiebehaftsachen
- i) Landwirtschaftssachen
- j) Betreuungssachen aus der Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen
- k) Unterbringungssachen aus der Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen, soweit bzgl. d. Betroffenen ein Betreuungsverfahren anhängig ist

3. Richter am Amtsgericht Rotermund

- a) Zivilsachen gemäß Verteilerschlüssel
- b) Zivil-Rechtshilfesachen

4. Richter am Amtsgericht Pfeiffer

- a) Familiensachen gemäß Verteilerschlüssel,
- b) die bis zum 14.04.2010 anhängig gewordenen Familiensachen einschließlich Rechtshilfesachen aus den Gemeinden Stuhr und Syke,
- c) die bis zum 31.08.2009 anhängig gewordenen Vormundschaftssachen aus den Gemeinden Stuhr und Syke,
- d) Zwangsvollstreckungssachen –M mit den Endnummern 0,1,2,3,4

5. Richterin am Amtsgericht Kahl

- a) die ab 01.09.2013 eingehenden Familiensachen gemäß Verteilerschlüssel
- b) die bis zum 31.08.2013 in den Abteilungen 21F und 28F anhängigen Familiensachen mit den Endziffern 1-5
- c) Zwangsvollstreckungssachen –M mit den Endnummern 5,6,7,8,9

6. Richterin am Amtsgericht Schmidt

Zivilsachen gemäß Verteilungsschlüssel sowie die am 1.7.2016 anhängigen Verfahren aus dem Dezernat 25 C

7. Richterin am Amtsgericht Kutz

- a) Betreuungssachen aus den Gemeinden Bassum, Stuhr und **Twistringen**
- b) Unterbringungssachen aus den Gemeinden Bassum, Stuhr und **Twistringen**, soweit bzgl. d. Betroffenen ein Betreuungsverfahren anhängig ist
- c) Amtsrichter-Strafsachen (einschl. Strafbefehlssachen) mit den Endnummern 5, 6, 7,8,9 sowie mit der Endnummer 4 mit Ausnahme der am 31.12.2015 bereits terminierten Sachen; diese werden von Herrn DirAG Wawrzinek bearbeitet**
- d) Bewährungssachen, die von anderen Gerichten abgegeben worden sind und keine Schöffen- oder Jugendsachen betreffen sowie Bewährungssachen, soweit das Ursprungsverfahren eine Strafrichtersache mit den Endziffern 4, 5, 6,7,8 oder 9 ist.
- e) Rechtshilfesachen, soweit nicht Ri'ınAG Altnickel, RiAG Hartleif, RiAG Pfeiffer, Riın AG Kahl, Riın Merkel oder RiAG Rotermund zuständig sind
- f) Zweite Amtsrichterin im erweiterten Schöffengericht

8. Richterin am Amtsgericht Merkel

- a) die ab 1.9.2013 eingehenden Familiensachen gemäß Verteilerschlüssel
- b) die bis zum 31.08.2013 in den Abteilungen 23F und 28f anhängigen Familiensachen mit den Endziffern 6-0
 - c) Insolvenzsachen aus den Amtsgerichtsbezirken Syke, Diepholz und Sulingen
 - d) Insolvenz-Rechtshilfesachen, in denen der Anzuhörende seinen Wohn- oder Geschäftssitz im Amtsgerichtsbezirk Syke, Diepholz oder Sulingen hat

9. Richter am Amtsgericht Kellermann

- a) Jugendschöffensachen
- b) Jugendrichtersachen
- c) Vorsitzender im Auffangschöffengericht
- d) Bewährungssachen, die Jugendsachen betreffen, auch wenn es sich um abgegebene Sachen handelt
- e) Ermahnungen gemäß § 45 Abs. 3 JGG
- f) Familienrichterliche Erziehungsaufgaben gemäß § 34 Abs. 3 JGG, die von der Staatsanwaltschaft angeregt worden sind
- g) Owi-Erzwingungshaftsachen (einschließlich der Sachen, für die die Zuständigkeit des Jugendrichters begründet ist)
- h) Privatklagesachen
- i) Wiederaufnahmeverfahren

- j). Fortführung der nach § 354 Abs. 2 StPO zurückverwiesenen Amtsrichter-Strafsachen (einschl. Strafbefehlssachen) sowie der Strafsachen, in denen **Herr Wawrzinek** gemäß den §§ 22 ff Strafprozessordnung ausgeschlossen ist
- k) Fortführung der nach § 46 OWiG i. V. m. § 354 Abs. 2 StPO zurückverwiesenen Bußgeldsachen
- l) **Gs-Sachen**
- m) Betreuungssachen der Gemeinden Syke **und Weyhe** einschließlich der Unterbringungssachen aus den Gemeinden Syke und **Weyhe**, soweit bereits ein Betreuungsverfahren anhängig ist
- n) **SOG-Sachen**
- o) **Strafsachen mit Hauptverhandlungshaft**
- p) **Vorsitzender im Ausschuss zur Wahl der Jugendschöffen**

10. Richter in am Amtsgericht Altnickel

- a) **Zivilsachen gemäß Verteilungsschlüssel sowie die am 1.7.2016 anhängigen Verfahren aus dem Dezernat 26 C**
- b) Insolvenzsachen aus den Amtsgerichtsbezirken Nienburg, und Stolzenau
- d) Insolvenz-Rechtshilfesachen, in denen der Anzuhörende seinen Wohn- oder Geschäftssitz in den Amtsgerichtsbezirken Nienburg und Stolzenau hat
- e) Bußgeldsachen einschließlich Rechtshilfesachen und einschließlich der Sachen, für die die Zuständigkeit des Jugendrichters begründet ist
- f) alle sonstigen Geschäfte, soweit sie nicht ausdrücklich anderen Richtern übertragen wurden

11. Güterichter

Zu Güterichtern im Sinne von § 278 Abs. 5 ZPO werden bestimmt:

DirAG Kruthaup
 Ri'inAG Kutz
 Ri'inAG Kahl

Die Güterichter verteilen ihre Geschäfte im Einzelfall untereinander unter Berücksichtigung der Wünsche und Interessen der Beteiligten.

Die Güterichter führen für die AG Syke und **Diepholz** und im Einzelfall mit ihrer Zustimmung nach vorheriger Absprache auch Güteverhandlungen für andere Gerichte durch.

VII. Vertretungen

Es wird folgende Vertretungsregelung getroffen: - *siehe Anlage 1* –

Anlage 1

Dezernent/in	Dir'inAG Kruthaup	DirAG Wawrzinek	RiAG Rotermund	Ri' in AG Schmidt	RiAG Kellermann	Ri'inAG Kutz
Vertreter/in	Wawrzinek	Kruthaup	Schmidt	Rotermund	Kutz	Kellermann
Hilfsvertreter in Reihenfolge	Rotermund	Kellermann	Kruthaup	Wawrzinek	Wawrzinek	Altnickel
	Schmidt	Rotermund	Wawrzinek	Kruthaup	Pfeiffer	Kruthaup
	Kutz	Schmidt	Merkel	Pfeiffer	Kahl	Wawrzinek
	Kellermann	Merkel	Pfeiffer	Kahl	Altnickel	Rotermund
	Merkel	Pfeiffer	Kahl	Altnickel	Kruthaup	Schmidt
	Pfeiffer	Kahl	Altnickel	Kutz	Wawrzinek	Merkel
	Kahl	Altnickel	Kutz	Kellermann	Rotermund	Pfeiffer
	Altnickel	Kutz	Kellermann	Merkel	Schmidt	Kahl

Dezernent/in	Ri in AG Merkel	RiAG Pfeiffer	RiinAG Kahl	Ri'inAG Altnickel
Vertreter/in	Altnickel	Kahl	Pfeiffer	Merkel
Hilfsvertreter in Reihenfolge	Kahl Kruthaup Wawrzinek Rotermund Schmidt Kutz Kellermann Pfeiffer	Schmidt Altnickel Merkel Kruthaup Wawrzinek Rotermund Kutz Kellermann	Merkel Kruthaup Wawrzinek Rotermund Schmidt Kutz Merkel Altnickel	a. in Insolvenz- und Insolvenzrechtshilfesachen: Kruthaup b. sonstige Sachen: Rotermund Kellermann Pfeiffer Kahl Kruthaup Wawrzinek Rotermund Schmidt

Kruthaup

Rotermund

Kellermann

Merkel

Kruthaup,
für den urlaubsbedingt abwesenden RiAG Hartleif

Anlage

Verwaltungsanordnung

**für die Verteilung der Zivilsachen und der Einzelrichter-Strafsachen
und Strafbefehlssachen sowie Zuteilung der Aktenzeichen**

I.

1. Für die Verteilung der Zivilsachen ist eine Eingangs- und Verteilungsstelle eingerichtet. Sie befindet sich in Zimmer 305.
2. Der in der Eingangs- und Verteilungsstelle tätige Bedienstete nimmt sämtliche Neueingänge entgegen und versieht sie unverzüglich mit einem Eingangsstempel. Er vermerkt die Uhrzeit des Eingangs und setzt sein Namenszeichen bei. Maßgebend ist der Eingang der Sachen bei der Eingangs- und Verteilungsstelle.
3. Der in der Eingangs- und Verteilungsstelle tätige Bedienstete verteilt die Neueingänge nach Maßgabe von Ziffer I 8 a) des Geschäftsverteilungsplans auf die Zivilabteilungen.

II.

1. Für die Verteilung der Einzelrichter-Strafsachen und Strafbefehlssachen ist die Serviceeinheit Strafsachen zuständig.
2. Der in der Serviceeinheit tätige Bedienstete nimmt sämtliche Neueingänge entgegen und versieht sie unverzüglich mit einem Eingangsstempel. Er vermerkt die Uhrzeit des Eingangs und setzt sein Namenszeichen bei. Maßgebend ist der Eingang der Sachen bei der Serviceeinheit.
3. Der in der Serviceeinheit tätige Bedienstete verteilt die Neueingänge nach Maßgabe der Ziffern II 7 a) und II 9 c) des Geschäftsverteilungsplans unter Vergabe interner Aktenzeichen auf die Strafabteilungen.

Syke, den 16.12.2015

Amtsgericht
Die Direktorin

(Kruthaup)